Luxemburger Wort
Dienstag, den 17. April 2007

Einheitliches Arbeitnehmerstatut im Privatsektor

Probleme erkannt, doch nicht gebannt

Regierung trifft Arbeitgeberverbände

VON JOELLE MERGES

Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerstatuts im Privatsektor stand gestern Morgen auf der Tagesordnung eines Treffens zwischen der Regierung und Vertretern der Arbeitgeberverbände. Wie nach der Unterredung verlautete, seien die Gespräche „konstruktiv und professionell" verlaufen. Eine Einigung scheint jedoch so schnell noch nicht in Sicht zu sein.

Ein Jahr ist es her, dass sich die Regierung und die Sozialpartner grundsätzlich auf die Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerstatuts im Privatsektor einigten. Im Tripartiteabkommen hieß es zu diesem Punkt, dass man sich bei diesen Bemühungen an den arbeits- und sozialrechtlichen Errungenschaften der Privatbeamten inspirieren sollte, insbesondere, was die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angehe. Das Einheitsstatut dürfe die Gesamtwirtschaft finanziell nicht zusätzlich belasten. Allerdings müsse man bei der Suche nach einer Lösung den spezifischen Problemen bestimmter Wirtschaftsbranchen Rechnung tragen. Die Verhandlungen sollten bis Ende des Jahres 2006 abgeschlossen sein, damit das einheitliche Arbeitnehmerstatut fristgerecht zum 1. Januar 2009 in Kraft treten könne.

Heute, zwölf Monate nach der Tripartite-Vereinbarung, ist man sich noch immer einig darüber, dass das Einheitsstatut grundsätzlich eine gute und wichtige Sache ist. Allerdings gestalten sich die Gespräche nach wie vor schwierig. So auch gestern, als Premierminister Jean-Claude Juncker, umgeben von den Ministern Biltgen (Arbeit und Beschäftigung) und Di Bartolomeo (Gesundheit und Soziales) die Vertreter der Arbeitgeberverbände UEL, Fédil, Fédération des artisans und Horesca zu einer weiteren Verhandlungsrunde empfing.

Die zwei Stunden, die die Regierung am Montagmorgen für die Gespräche vorgesehen hatte, reichten den Arbeitgebern jedoch nicht aus, um ihre Sorgen vollständig vorzubringen. „Die Probleme sind nicht vom Tisch", fasste UEL-Präsident Michel Wurth den Stand der Dinge zusammen. Bei der Suche nach einer Lösung müsse man die Tripartite-Beschlüsse als Leitvorgabe vor Augen haben, das heißt die Kostenneutralität gewährleisten sowie die Härtefälle unter den Unternehmen abgleichen.

Zur Sprache brachten die Arbeitgeber gestern in erster Linie drei Anliegen. Etwa die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: „Die Regierung hat verstanden, dass das Modell, das jetzt auf dem Tisch liegt, nicht kostenneutral ist", stellte Michel Wurth nach dem Treffen mit Zufriedenheit fest. Das heißt also, dass nachverhandelt werden muss. In der Tat hatte die Regierung berechnet, dass eine einheitliche Regelung der Lohnfortzahlung eine Mehrbelastung in Höhe von 56,2 Millionen Euro bedeuten würde. Gleichzeitig wurde beschwichtigt, dass diese Summe lediglich 0,51 Prozent der gesamten Lohnkosten ausmachen würde.

Gesprächsbedarf besteht nach Meinung von Michel Wurth nach wie vor auch über die Schaffung einer „Mutuelle", mit der die Arbeitgeber das Risiko des Krankfeierns untereinander abfedern wollen. Über die Art und Weise, wie

Auf ein Neues: *Die Arbeitgeber auf dem Weg zu schwierigen Verhandlungen im Staatsministerium.*

Ein Tisch, viele Meinungen: *Die Minister „professionell und konstruktiv".*

Juncker, Biltgen und Di Bartolomeo hörten sich gestern die Argumente der Arbeitgeberseite an. Die Gespräche verliefen
(FOTOS: MICHEL BRUMAT)

die Unternehmen sich ihrer Verantwortung verstärkt bewusst gemacht werden sollen, wolle man weiter diskutieren.

Nach Aussagen des UEL-Präsidenten wollen beide Seiten auch die Gespräche über die Überstundenregelung fortsetzen. Statt Lohnzuschlägen von 25 Prozent für die Arbeiter und 50 Prozent für die Angestellten hatte die Regierung 1,5 bezahlte Freistunden für eine Überstunde vorgeschlagen. Gestern haben Juncker, Biltgen und Di Bartolomeo neue steuerliche Überlegungen vorgebracht, um die Belastung durch Überstunden abzufedern.

Alles in allem sprachen sowohl die Arbeitgeber wie die Regierungsvertreter von guten, intensiven, konstruktiven und professionellen Gesprächen. Man sei darum bemüht, den vorgebrachten Bedenken und Sorgen Rechnung zu tragen, meinte etwa Sozialminister Mars Di Bartolomeo. Allerdings werde man die angesprochenen Probleme nicht mit einem „Zauberschlag" lösen können. Ein neuer Verhandlungstermin wurde gestern nicht anberaumt.

Zum Thema Einheitsstatut meldete sich gestern die CGFP zu Wort: Die Staatsbeamtengewerkschaft sprach sich „entschieden" gegen Erwägungen über eine Zusammenlegung aller Krankenkassen aus, weil sie in einer solchen Maßnahme weder Vorteile für den Versicherten noch Ersparnisse für die Allgemeinheit erkennen könne.